

---

36

Unentwegter Kampf  
um Frieden und  
Demokratie

Der Beitrag der Kirche  
in Zentralamerika

Juli 1995

# **Unentwegter Kampf um Frieden und Demokratie**

**Der Beitrag der Kirche in Zentralamerika**

Juli 1995

**Herausgeber:  
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz  
Kaiserstraße 163, 53113 Bonn**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. <i>Einleitung</i> .....	5
2. <i>Die Kirche in Lateinamerika und ihr Kampf für den Menschen</i> ...	7
2.1 Von Rio nach Santo Domingo.....	8
3. <i>Die Kirche in Zentralamerika: für den Frieden und die Gerechtigkeit</i> .....	10
3.1 Die Bischöfe Zentralamerikas erheben ihre Stimme .....	11
4. <i>Guatemala: Land, Frieden und Demokratie</i> .....	16
4.1 Jahre kontinuierlicher pastoraler Begleitung .....	18
4.2 Ein schwerer Kampf für den Frieden .....	20
5. <i>Nicaragua: Hoffnung säen trotz Diktaturen</i> .....	21
5.1 Die Kirche angesichts der sozialistischen Erfahrung.....	22
5.2 Kardinal Obando: ein unersetzbarer Vermittler .....	25
5.3 Quo vadis, Nicaragua?.....	26
6. <i>El Salvador: von der Sinnlosigkeit zur Hoffnung</i> .....	27
6.1 Erzbischof Romero und der Militärputsch von 1979.....	28
6.2 Gewitterwolken am Horizont .....	30
6.3 Erzbischof Rivera Damas: „Das Haus steht in Flammen“ .....	30
6.4 Vom Dialog zu Verhandlungen.....	32
<i>Erläuterungen/Quellenangaben</i> .....	36

# Unentwegter Kampf um Frieden und Demokratie

## Der Beitrag der Kirche in Zentralamerika

von: **Msgr. Gregorio Rosa Chávez, Weihbischof von San Salvador**  
(Juli 1995)

Ich erlaube mir, mich bei der Behandlung dieses Themas auf die Perspektive der Kirche zu beschränken. Ich werde keine Analyse versuchen, wie ein Politologe sie durchführen muß, sondern werde aus der Sicht eines Bischofs schreiben und bevorzugt etwas einbringen, was man nicht in Büchern findet: die Erfahrung.

### 1. Einleitung

Da es sich um eine erstmalig in Angriff genommene Arbeit auf dem Gebiet der kirchlichen Integration handelt, habe ich besonders Überlegungen des Sekretariats der Bischöfe Zentralamerikas und Panamas (*SEDAC*) hervorgehoben; diese Einrichtung führt die Bischöfe von Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama zusammen.

Ich habe jedoch nicht der Versuchung widerstehen können, meine Überlegungen in den Rahmen des leidenschaftlichen Zeugnisses der Kirche auf unserem lateinamerikanischen Kontinent zu stellen. Daher soll am Anfang ein kurzer Überblick über den zurückgelegten Weg gegeben werden: von der I. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Rio de Janeiro – deren Hauptergebnis zweifellos die Errichtung des Rats der lateinamerikanischen Bischöfe (*CELAM*) war – bis hin zu der unlängst zu Ende gegangenen Versammlung in Santo Domingo.

Die Ausführungen betrachten zunächst ganz Lateinamerika, konzentrieren sich dann auf eine bestimmte Region und untersuchen schließlich die Bemühungen der Kirche um den Frieden und die Demokratie in drei Ländern: in Guatemala, Nicaragua und El Salvador.

Im ersten Teil soll klargestellt werden, warum sich die Kirche in Lateinamerika so entschieden für den Menschen einsetzt und sich um seine integrale Förderung bemüht.

Anschließend folgt – „mit den Augen und dem Herzen von Hirten“, wie uns das Dokument von Puebla lehrt, – ein kurzer Überblick über die sozio-politische Realität in der zentralamerikanischen Region.

Der dritte Teil führt uns nach Guatemala, ein Land, das drei Jahrzehnte lang einen fortwährenden bewaffneten Konflikt durchlebt hat und endlich, wie es scheint, auf einen „gerechten und dauerhaften Frieden“, wie es der Friedensplan *Esquipulas II* treffend formuliert, zusteuert. Zwei weitere Punkte bezüglich dieses „Lands des ewigen Frühlings“ erregen unsere Aufmerksamkeit: der Schrei nach Land und der Aufbau der Demokratie.

Der Teil über Nicaragua endet mit einem Fragezeichen: „Quo vadis?“ Diese Frage soll ein Aufruf an den Kontinent und die Welt sein, dieses Land nicht zu vergessen, das nach einer langen Militärdiktatur und einer Zeit, in der es den Sozialismus zu verwirklichen suchte, sich heute in einer ernsthaften Krise befindet.

Die Anmerkungen zu El Salvador sind natürlich etwas ausführlicher und voller persönlicher Erfahrungen. Sie sind praktisch ein Versuch, die kritischen Momente eines Prozesses aufzuzeigen, der in der Zeit von Msgr. Luis Chávez y González einsetzt, jenem Erzbischof, der Zeitgenosse von General Martínez war, d.h. dem Diktator, der das „Massaker von 32“<sup>1</sup> befahl.

Es ist unmöglich, den mutigen Dienst des Gottesmannes zu vergessen, der zu Recht „die Stimme derer, die keine Stimme haben“ genannt wurde: Msgr. Oscar Arnulfo Romero. Es werden hier bisher noch unveröffentlichte Informationen über seine Haltung gegenüber dem Militärputsch vom 15. Oktober 1979 gegeben.

Die Arbeit endet mit einer Würdigung für Msgr. Arturo Rivera Damas, Hauptinitiator des Friedensprozesses in El Salvador. Diese Ehrung ist eine

---

<sup>1</sup> A. d. Ü.: 1932 kam es zu einem Massaker an Landarbeitern, das mindestens 10.000 Tote forderte.

Verpflichtung: Ende letzten Jahres verstarb der fünfte Erzbischof von San Salvador ganz plötzlich.

## 2. Die Kirche in Lateinamerika und ihr Kampf für den Menschen

Bevor über Sachverhalte gesprochen wird, die mit der Arbeit der Bischöfe in der Kirche anscheinend überhaupt nichts zu tun haben, ist es angebracht, die nicht immer ohne Hintergedanken gestellte Frage zu beantworten: Warum mischt sich die Kirche in die Politik ein? Oder anders ausgedrückt: Warum reden die Bischöfe über weltliche Dinge und widmen sich nicht ihrer eigentlichen Mission, Seelen zu retten? Diese Fragen führen uns direkt zu einer grundlegenden und höchst aktuellen Thematik: dem Zusammenhang zwischen Evangelisierung und Förderung des Menschen.

Niemand bestreitet, daß die Kirche existiert, um zu evangelisieren. Aber nicht alle machen auch den nächsten Schritt: die Kirche ist aufgerufen, konkrete Menschen zu evangelisieren, Männer und Frauen, die „hier“ und „heute“ leben.

Das Dokument von Santo Domingo hebt – mit den Worten von Papst Johannes Paul II. – hervor, daß die Förderung des Menschen eine privilegierte Dimension der Neuen Evangelisierung ist. Papst Wojtyła greift die berühmten Worte von Paul VI. in *Evangelii nuntiandi* auf: „Zwischen Evangelisierung und Förderung des Menschen<sup>2</sup> – Entwicklung und Befreiung – bestehen in der Tat enge Verbindungen“. Diese sind hauptsächlich anthropologischer Natur, „denn der Mensch, dem die Evangelisierung gilt, ist kein abstraktes Wesen, sondern sozialen und wirtschaftlichen Problemen unterworfen“ (*Evangelii nuntiandi*, 31).

Im folgenden bekräftigt der Papst, daß es auch Verbindungen theologischer und biblischer Natur gibt:

„Verbindungen theologischer Natur, da man ja den Schöpfungsplan nicht vom Erlösungsplan trennen kann, der hineinreicht bis in die ganz konkreten Situationen des Unrechts, das es zu bekämpfen gilt. Verbindungen schließlich jener ausgesprochen biblischen Ordnung, nämlich der der Lie-

---

<sup>2</sup> in früheren deutschen Übersetzungen: „Evangelisierung und menschliche Entwicklung“

be: Wie könnte man in der Tat das neue Gebot verkünden, ohne in der Gerechtigkeit und im wahren Frieden das echte Wachstum des Menschen zu fördern?“ (*Evangelii nuntiandi*, 31)

## 2.1 Von Rio nach Santo Domingo

Das Engagement der Kirche in Lateinamerika für die integrale Förderung des Menschen hat eine lange Geschichte. Wir können sie uns ins Gedächtnis rufen: von den vorsichtigen Andeutungen in dem kurzen Dokument der I. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats 1959 in Rio de Janeiro bis hin zu dem Dokument von Santo Domingo, dessen zweites Kapitel im zweiten Teil ganz diesem Thema gewidmet ist.

Santo Domingo geht Probleme, die seit Puebla noch schlimmer geworden sind, offen an. Ich beschränke mich auf eine reine Aufzählung: die Menschenrechte, die Ökologie, die Erde, die Verarmung, die Arbeit, Flüchtlinge und Vertriebene, die demokratische Ordnung, neue Wirtschaftsordnung, lateinamerikanische Integration. Das Thema Familie und der Schutz des menschlichen Lebens nimmt einen besonders breiten Raum ein (*Santo Domingo*, Nr. 164–227).

Zwischen den Konferenzen von Rio und Santo Domingo stehen die berühmten Versammlungen von Medellín und Puebla. Medellín brachte etwas Neues, da man – ausgehend von der schmerzhaften Wirklichkeit der armen Völker des Kontinents – das Problem der Unterentwicklung anging. Die in dieser schönen kolumbianischen Stadt versammelten Bischöfe stellen eine unumstößliche Tatsache fest: die Armut sowie deren tiefste Ursache, die Sünde. Und die Folge der Sünde: die strukturelle Ungerechtigkeit oder „institutionalisierte Gewalt“ (*Medellín*, Nr. 16).

Zehn Jahre später kommt der lateinamerikanische Episkopat in Puebla zusammen. Die vorrangige Option von Puebla gilt den Armen, da die in Medellín angeprangerten sozialen Probleme weiterhin bestehen und sich sogar noch verschlimmert haben. Die Bischöfe der III. Generalversammlung sind sich klar bewußt, daß die kirchliche Evangelisierungsarbeit nur Glaubwürdigkeit besitzt, wenn sie sich in dem im biblischen Sinne geführten Kampf gegen die strukturelle Ungerechtigkeit engagiert.

Santo Domingo versteht sich eindeutig als Fortsetzung von Medellín und Puebla. Papst Johannes Paul II. beschreibt im dritten Teil seiner Eröffnungsansprache, der der Förderung des Menschen gewidmet ist (Nr. 13–19), folgenden Leitgedanken:

„Die Kirche weiß, daß der Mensch – nicht der abstrakte, sondern der konkrete historische Mensch – ‚der erste Weg ist, den (sie) in Erfüllung ihrer Sendung gehen muß‘ (*Redemptor hominis*, 14). Daher muß die Förderung des Menschen eine logische Folge der Evangelisierung sein, die ja die integrale Befreiung der Person zum Ziel hat“ (*Santo Domingo*, Nr. 13).

Die Väter der IV. Generalversammlung nehmen die Orientierungen des Heiligen Vaters, die auf die Soziallehre der Kirche verweisen, dankbar auf. Papst Johannes Paul II. versäumt nicht die Gelegenheit, sich gegen jeden Versuch einer unhistorischen und beziehungslosen Evangelisierung auszusprechen:

„Die Sorge um den sozialen Bereich ist Teil des Evangelisierungsauftrags der Kirche (vgl.: *Sollicitudo rei socialis*, 41), und gehört zugleich ‚wesentlich (...) zur christlichen Botschaft, weil sie deren konkrete Auswirkungen für das Leben in der Gesellschaft vor Augen stellt und damit die tägliche Arbeit und den mit ihr verbundenen Kampf für die Gerechtigkeit in das Zeugnis für Christus den Erlöser miteinbezieht‘ (*Centesimus annus*, 5)“.

Angespornt vom Heiligen Vater machten sich die Bischöfe an die Arbeit. Die Vorgehensweise in den Kommissionen – nachdem zunächst eine kleine Krise in der Vollversammlung überwunden werden mußte – hatte drei Momente: Zuerst wurden die Licht- und Schattenseiten der Wirklichkeit untersucht; in einem zweiten Schritt wurden ihre wesentlichen Herausforderungen herausgestellt und schließlich pastorale Grundlinien formuliert, um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können; all dies im Lichte des Wortes Gottes und des nachkonziliaren Magisteriums.

Die Beurteilung der sozialen Wirklichkeit, die uns das Dokument gibt, zeigt, daß sich die Lage nach Puebla deutlich verschlechtert hat. Das Dokument bringt dies in dem bewegenden Bild von „den Gesichtern“ zum Ausdruck, von denen schon die vorhergehende Versammlung gesprochen hat (vgl. *Puebla*, Nr. 31-39). Santo Domingo klagt ohne Umschweife an:



„Im Glauben finden wir

- die Gesichter, die als Folge von Inflation, Auslandsverschuldung und sozialer Ungerechtigkeit vom Hunger entstellt sind,
- die Gesichter, die enttäuscht sind von den Politikern, die Versprechungen machen, ohne sie zu halten;
- die Gesichter der Erniedrigten, die um ihrer Kultur willen nicht nur geringgeschätzt, sondern sogar verachtet werden,
- die von der tagtäglichen und allgegenwärtigen Gewalt in Schrecken versetzten Gesichter;
- die angsterfüllten Gesichter der verlassenen Kinder, die durch unsere Straßen laufen und unter unseren Brücken schlafen;
- die leidenden Gesichter der erniedrigten und unterdrückten Frauen,
- die müden Gesichter der Migranten, die keine würdige Zuflucht finden:
- die gealterten, von der Zeit und der Arbeit gezeichneten Gesichter derer, die nicht das Minimum haben, um in Würde überleben zu können“ (*Santo Domingo*, Nr. 178).“

Aber die letzten Jahre haben uns auch gute Nachrichten gebracht und neue Realitäten geschaffen, die Hoffnung machen. Santo Domingo weist u. a. auf folgende hin: die Wiedereinsetzung demokratischer Regierungen in verschiedenen Ländern, ein wachsendes Umweltbewußtsein und vor allem – oft durch die Vermittlung der Kirche – die Überwindung ernster Gewaltsituationen durch Dialog und Vereinbarungen.

### **3. Die Kirche in Zentralamerika: für den Frieden und die Gerechtigkeit**

Der Hinweis von Santo Domingo auf die Vermittlung der Kirche bei der Überwindung von Gewaltsituationen ging vor allem auf die in Zentralamerika gemachte Erfahrung zurück.

Die Bischöfe dieser Region sind auch Pioniere hinsichtlich der Integrationsbemühungen: so wurde das Sekretariat der Bischöfe von Zentralamerika und

Panama (*SEDAC*), das die Bischöfe dieser Region zusammenführt [1], dreizehn Jahre vor dem Lateinamerikanischen Bischofsrat (*CELAM*) gegründet.

Dank des *SEDAC* kennen wir Bischöfe aus Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama uns untereinander und haben Anteil an der kirchlichen und sozialen Wirklichkeit unserer sechs Länder, eine Wirklichkeit, die das *SEDAC* in bedeutenden Dokumenten beleuchtet und versucht hat, mit seinen Aktionen – soweit wie möglich – zu ändern.

### *3.1 Die Bischöfe Zentralamerikas erheben ihre Stimme*

Motiviert durch die Versammlung von Medellín versammelten sich 35 Bischöfe aus den sechs Ländern Zentralamerikas im Juni 1970 in Antigua-Guatemala. Zum Schluß ihres Treffens sandten sie eine Botschaft an die Völker des Isthmus

„als wahren Ausdruck unserer großen Sorge um den Menschen, vor allem um den armen und einfachen Menschen, dessen Stimme nicht immer gehört wird“.

Die Bischöfe legen ihren Überlegungen die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen* zugrunde. Sie machen auf die Folgen des Egoismus der Teile der Gesellschaft aufmerksam, denen es wirtschaftlich gut geht:

„in diesen Teilen der Gesellschaft gibt es Menschen, die in ihrem Bestreben, ihre Privilegien zu behalten, repressive Maßnahmen ergreifen und so Förderung und Entwicklung behindern. Hierbei greifen sie sogar – wobei sie sich hinter ideologische Bezeichnungen verschanzen oder sich damit rechtfertigen, die Ordnung zu bewahren – auf Macht und Gewalt zurück, um die derzeitige Ordnung der Dinge aufrechtzuerhalten, die für sie sehr günstig ist“.

Zu den angeklagten Übeln zählen: die Parteilichkeit des Justizwesens, körperliche und seelische Folter sowie die Massakrierung von Menschen, die später als schrecklich entstellte und verstümmelte Leichen aufgefunden werden.

Es erfolgt auch ein eindringlicher Aufruf, diese Situation zu überwinden:

„Im Namen Gottes beschwören wir diejenigen, die derzeit zu den Waffen greifen und sich gegenseitig bekämpfenden Banden angeschlossen haben, diejenigen, die ihre Hände in sinnlosen Kämpfen unter Brüdern mit Blut befleckt haben, daß sie an die schwerwiegenden Folgen ihres Handelns denken, und wir bitten sie inständig, daß sie ihre Kräfte und ihre Bestrebungen in den Dienst des Friedens stellen, der mit vereinten Kräften aufzubauen ist.“

Beim *SEDAC* ist es zu einem begrüßenswerten Brauch geworden, am Schluß der Vollversammlungen, die alle zwei Jahre stattfinden, und bei einigen Zusammenkünften des Präsidialrates eine Botschaft zu verkünden. Von besonderer Bedeutung sind die zwei folgenden Dokumente, die in den 80er Jahren veröffentlicht wurden [2], und zwar vom Präsidialrat: „*Christus ist unser Heil. Die Kirche in der gegenwärtigen Situation Mittelamerikas*“ (15. September 1984)<sup>3</sup>, und der gemeinsame Brief „*Laßt uns den Frieden in Christus errichten*“ (1. Dezember 1989)<sup>4</sup>.

„*Christus ist unser Heil*“ beleuchtet auf 62 eng beschriebenen Seiten die schwerwiegenden Probleme der Menschen in Mittelamerika aus der Sicht des Glaubens. Die Liste dieser Probleme spricht für sich: die beängstigende Situation der Armut, die Eskalation der Gewalt, die wirtschaftliche Abhängigkeit, die öffentliche und private Korruption, die Gewissenlosigkeit und fehlende politische Verantwortung, schwerwiegende Mängel in der Erziehung, religiöse und ideologische Verwirrung, der negative Einfluß der Massenmedien und – als bittere Konsequenz von allem – die dramatische Situation der Familie (vgl. Nr. 17-52).

Wie soll man so enormen Herausforderungen begegnen? Der gemeinsame Brief von 1989 „*Laßt uns den Frieden in Christus errichten*“ versucht, eine Antwort auf dieses Anliegen zu geben. Es handelt sich um ein kleines Lehrbuch, das auf die sich bereits am Horizont abzeichnende Zeit nach dem Krieg Bezug nimmt.

Im ersten Teil werden folgende Wege als „falsche Wege und Hindernisse für die Verwirklichung des Friedens auf dem zentralamerikanischen Isthmus“

---

<sup>3</sup> Deutsche Übersetzung in: ADVENIAT, „Kleine Schriftenreihe“, Zeugnisse/Berichte/Kommentare, Nr. 11, Essen 1984.

<sup>4</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 3/1990 u. 4/1990, S. 83–88 u. S. 112–126.

angeklagt: der kriegerisch-militärische Weg, der Weg des politischen Drucks, die Wirtschaftsentwicklung, die geopolitische Hegemonie, die verschwindende Religiosität und schließlich die Marginalisierung der Ureinwohner und Campesinos (vgl. Nr. 1.1–1.6). In der Schlußfolgerung wird ein Wort der Ermutigung an alle Opfer der Gewalt gerichtet und ein Aufruf zur Solidarität für die Flüchtlinge und Vertriebenen formuliert.

Der Erzbischof von Guatemala, Msgr. Próspero Penados del Barrio, mußte als damaliger Präsident des *SEDAC* erklären, warum die Kirche das Recht auf „eine prophetische Präsenz auf dem Gebiet der Politik“ beansprucht [3]. Mit dieser Präsenz soll erreicht werden, daß „der Mensch in all seinen Dimensionen geachtet wird und seine Berufung, in Würde zu leben und die Welt zu verändern, verwirklichen kann“ (ibid.).

Um jede Unklarheit zu beseitigen, faßt er seine Gedanken folgendermaßen zusammen:

„Wenn die Kirche die Arena der Anklage betreten und sich an der gesellschaftlichen Diskussion beteiligt hat; wenn sie angesichts konkreter Probleme Stellung bezogen hat und wenn sie das Leid und den Schmerz, die diese Haltung zur Folge hatte, akzeptiert hat, so hat sie dies in dem hoffnungsvollen Vertrauen darauf getan, daß durch ihre Stimme, verstärkt durch ihr Zeugnis selbst, die Bekehrung der Herzen angeregt wird, die sich in dem Wandel der Strukturen zeigen wird“ (ibid.).

Ein kurzer Überblick über die Botschaften, die auf den Vollversammlungen des *SEDAC* oder von seinem Präsidialrat veröffentlicht wurden, soll die Argumentation von Msgr. Penados veranschaulichen.

In der Botschaft der 22. Vollversammlung (Guatemala, November 1986)<sup>5</sup> beziehen sich die Bischöfe auf „die Bruderkriege und die drohende Gefahr eines totalen Krieges in Mittelamerika“ und verurteilen den Rüstungswettlauf, der „zügellos weitergeht, wodurch unsere ohnehin angeschlagene Wirtschaft immer mehr geschwächt wird“. Sie weisen auch darauf hin, daß die öffentliche und private Korruption „weiterhin schonungslos unsere Völker mit ihren demütigenden Folgen“ peinigt und „gleichzeitig jeden Versuch, die ernsthaften politischen und sozialen Probleme dieser Region zu lösen“, verhindert.

---

<sup>5</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 1/1987, S. 27 ff.

Der Präsidialrat ist auf seiner Sitzung in Santa Tecla (El Salvador) im April 1988 noch einen Schritt weitergegangen, indem er klar und deutlich auf die geopolitische Dimension des Konflikts hinweist:

„Im Namen Christi, des Friedensfürsten, und im Namen des Menschen, des wertvollsten Geschöpfes aus den Händen Gottes, fordern wir alle beteiligten Nationen, aber vor allem die Großmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, auf, keine weiteren Waffen mehr in die zentralamerikanische Region zu senden.“

Ein weiteres Anliegen ist Panama, wo sich die Lösung des politischen Problems weiter hinauszögert, das die Bevölkerung mit Angst und Schrecken erfüllt, die darüber hinaus unter den Wirtschaftssanktionen leidet: die Bischöfe fordern „eine schnelle und friedliche Lösung, die von den Panamern selbst erarbeitet wird und den legitimen Interessen der Mehrheit, der Ärmsten und Bedürftigsten, entgegenkommt“. Die Botschaft bringt auch die feste Unterstützung der Bischöfe für die Vermittlertätigkeit der katholischen Kirche zum Ausdruck.

Wenige Monate später erheben dreiundvierzig Bischöfe auf der 23. Vollversammlung des *SEDAC* in San Salvador im November 1988 voller Sorge um die „nie enden wollende Gewalt des Krieges“ ihre Stimme. Weiter führen sie aus:

„Unter den bitteren Früchten des Krieges und der Gewalt haben wir die erschütternde Karawane der Vertriebenen, der Flüchtlinge, der Witwen und Waisen, unschuldige Opfer eines Konflikts, den sie nicht verursacht haben. Die Kirche hat ihnen die Hand gereicht und hat die Stimme erhoben, um im nationalen und internationalen Bewußtsein ihr unverdientes Drama zu vergegenwärtigen.“<sup>6</sup>

In der Botschaft bekräftigen sie, daß sie „jede zivilisierte Bemühung um einen wahren und dauerhaften Frieden“ voll und ganz unterstützen. Dies ist ein klarer Hinweis auf „Esquipulas II“, d.h. das Friedensabkommen, das im August 1987 in Guatemala von den Präsidenten von Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica unterzeichnet wurde.

---

<sup>6</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 1/1989, S. 26 ff.

Im Schlußteil des Dokuments bringen die Bischöfe ihre Unterstützung für die Kirchen von Nicaragua und Panama zum Ausdruck, deren Vorsitzende – vor allem Kardinal Obando Bravo und Erzbischof McGrath – wegen ihres Kampfes für Frieden und Gerechtigkeit hart attackiert werden.

In der Botschaft des Präsidialrates des *SEDAC*<sup>7</sup>, der im Juni 1989 in der Hauptstadt von Costa Rica zusammengekommen war, finden wir erneut unterstützende Worte für das Friedensabkommen „Esquipulas II.“ und die anschließenden Konferenzen, „die Mittelamerika den Schrecken eines regionalen Krieges mit dem daraus entspringenden Blutbad erspart haben“. Dieser Anerkennung schließt sich folgende Aufforderung an:

„wir fordern von denselben Regierungen dem Wortlaut und dem Geist nach die Einhaltung aller Punkte des Abkommens, damit sich endlich ein wahrer Friede in unseren Ländern bilden und festigen kann“.

Dennoch mischt sich in diese Freude auch Besorgnis angesichts der jüngsten Ereignisse in Panama, wo die Wahlen annulliert wurden und die politische Situation „mit allen Merkmalen einer eisernen Diktatur“ aufrechterhalten wird. Die Bischöfe fordern

„Achtung der Freiheit und Sicherheit der Bürger, die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die freie Ausübung einer repräsentativen Demokratie und die völlige Wiederherstellung der unveräußerlichen Rechte eines jeden Menschen“.

Zum Schluß dieses Teils meiner Arbeit möchte ich noch auf zwei Botschaften voller Hoffnung zu sprechen kommen; die eine wurde im Januar 1991 in Panama von der 24. Vollversammlung des *SEDAC* und die andere von den zentralamerikanischen Bischöfen Ende desselben Jahres in Tegucigalpa veröffentlicht.

In der ersten Botschaft werden die ersten Erfolge des Friedensprozesses in der Region aufgezeigt. Diese spiegeln sich in den bedeutenden Fortschritten wider, die einige Länder beim Aufbau der Demokratie erzielt haben, und

---

<sup>7</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 9/1989, S. 276 ff.

zwar durch vertrauenswürdige Wahlen, die den Gewaltherrschaften ein Ende gesetzt haben. Ein weiterer Grund zur Freude ist die lobenswerte Arbeit der nationalen Versöhnungskommission, eines der wertvollsten Instrumente, die „Esquipulas II.“ geschaffen hat und in der führende Politiker und ein Bischof der katholischen Kirche vertreten sind.

Der Optimismus setzt sich in der Versammlung der Bischöfe in Tegucigalpa fort; und dies zu Recht:

„Wir beobachten voller Hoffnung – so lesen wir in der Botschaft der oben-erwähnten Versammlung – die Fortschritte des Demokratisierungsprozesses sowie des Friedensprozesses in El Salvador und Guatemala“.

Da das Gespenst des Krieges sich bereits allmählich aus der Region entfernt, ist es normal, daß die Bischöfe sich zur Integration äußern:

„Schließlich ist es notwendig, daß wir den Integrationsprozeß des zentralamerikanischen Isthmus in der Hoffnung und der Erwartung vorantreiben, daß wir eines Tages wie eine einzige Nation sein werden“.

Mit diesem Optimismus werden wir im folgenden den Weg der Kirche in den drei konfliktgeladesten Ländern Zentralamerikas erörtern: in Guatemala, Nicaragua und El Salvador.

#### **4. Guatemala: Land, Frieden und Demokratie**

Der Aufruf der Bischofskonferenz von Guatemala „*Stärken wir unsere Demokratie*“ (16. Juni 1995)<sup>8</sup>, der sich an das Volk von Guatemala anlässlich der Wahlen im November richtet, steht in engem Zusammenhang mit unserem Thema. Von diesem Dokument ausgehend wollen wir auf das Lehramt der Bischöfe dieser leidgeprüften Nation zurückblicken.

Der Aufruf behandelt folgende Themen: den demokratischen Prozeß, den Wert der Wahlen sowie die Wahrnehmung des Stimmrechtes; er endet mit einem Aufruf an alle politischen Parteien.

Zu Beginn erinnern die Bischöfe daran, daß

---

<sup>8</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 5/1995, S. 151 ff.

„vor ungefähr zehn Jahren das Volk von Guatemala voll Hoffnung mit der Öffnung des demokratischen Prozesses ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufgeschlagen hat. Die Förderung einer neuen Verfassung der Republik von Guatemala machte es dem Land möglich, in eine Herrschaft des Rechts und der Legitimität einzutreten und das politische, wirtschaftliche und soziale Leben zu ordnen“ (Nr. 1).

Im folgenden werden als Hauptelemente dieses Prozesses die neu geschaffenen Institutionen erwähnt: das Verfassungsgericht – das eine so wichtige Rolle spielte, als Präsident Serrano Elías versuchte, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen –, das Oberste Wahlgericht und das Amt des Sonderstaatsanwalts für Menschenrechte.

Man kann jedoch noch nicht sagen, daß das Volk von Guatemala in einer Demokratie lebt:

„Eine globale und objektive Analyse des Lebens im Lande zeigt uns eine Demokratie, die eher formal als real ist. Eine Demokratie, bevormundet und mediatisiert von Machtinstanzen, die den realen Interessen des Lebens und der Beteiligung des Volkes von Guatemala fremd gegenüberstehen. Es ist nicht gelungen, den Autoritätsmißbrauch zu überwinden, der aus der Vergangenheit übernommen wurde, eine willkürliche Situation, die eine Bedrohung für die Demokratie bedeuten könnte“ (Nr. 5).

Die Enttäuschung des Volkes zeigte sich in der zunehmenden Wahlenthaltung: dem bischöflichen Dokument zufolge hatten 1984 nur 78,1 % der registrierten Bürger gewählt; im Gegensatz dazu sind zehn Jahre später nur 21 % der in das Wählerverzeichnis eingetragenen Guatemalteken zur Wahlurne gegangen (vgl. Nr. 15).

Die guatemalteckischen Bischöfe zeigen auf, welche Eigenschaften die politische Partei aufweisen muß, die es verdient, von den Bürgern gewählt zu werden: Sie muß die abgeschlossenen und unterzeichneten Abkommen ernst nehmen, die bürgerliche Sicherheit und die Achtung der Menschenrechte garantieren, die Armut, die unterlassene Strafverfolgung sowie die Korruption effizient bekämpfen, und ihr Programm und ihre Verwaltung sollten eine Dezentralisierung und die Beteiligung aller ermöglichen (vgl. Nr. 21). Die Bischöfe denken an eine „gerechtere und solidarischere Gesellschaft“ (Nr. 22), an „ein Land in Frieden und Gerechtigkeit“ (Nr. 27), das sich nach den Wahlen gemeinsam darum bemüht, einträchtig und solidarisch eine Zu-



kunft in Frieden aufzubauen (vgl. Nr. 29) wobei es nicht an konstruktiver Kritik mangeln sollte .

Im Lichte dieser Kriterien fordern sie die Wähler auf, am 12. November als zukünftige Regierende jene Kandidaten zu wählen, deren Hauptziel die Suche nach dem Gemeinwohl aller Guatemalteken ist.

Eine der wesentlichen Herausforderungen für die neue Regierung, die aus den Wahlen hervorgehen wird, sehen sie darin, die Hoffnung des Volkes auf „die angekündigte Unterzeichnung des Abkommens für einen stabilen und dauerhaften Frieden“, das dem „über dreißig Jahre währenden Bruderkampf“ ein Ende setzen soll, nicht zu enttäuschen. Die Empfehlung ist klar: Es müssen die Kandidaten gewählt werden, die in der Lage sind, das Land „auf Wege der Gerechtigkeit, des Friedens und der Versöhnung zu leiten“ (Nr. 8).

#### *4.1 Jahre kontinuierlicher pastoraler Begleitung*

Das pastorale Schreiben, das wir gerade erörtert haben, ist keineswegs aus dem Nichts entstanden, sondern Teil einer weit zurückreichenden Geschichte der pastoralen Begleitung des guatemalteckischen Volkes. Eine Begleitung, in der die kirchliche Lehre mit Aktionen für die Würde des Menschen und die Suche nach Frieden einbezogen worden sind.

Einige Bischöfe sind an den verschiedenen Kommissionen beteiligt, die sich darum bemühen, dem Krieg ein Ende zu setzen oder seine schrecklichen Folgen zu mildern. Sie sind z. B. Mitglied in der „Dialogkommission für den Frieden“, in dem „Vermittlungsausschuß für die Rückkehr der Flüchtlinge aus Mexiko“ sowie der „Kommission zur Unterstützung der Bevölkerungsgruppen im zivilen Widerstand“. Diese Gemeinschaften bestehen aus Gruppen von Personen, Opfer der Gewalt in den Jahren 79 bis 82, die sich in den Wäldern des Quiché versteckten, um nicht weiter verfolgt zu werden und die sich immer noch dort befinden. So entgingen sie der Kontrolle des Militärs, das sie in von Konflikten stark betroffene Zonen umsiedeln wollte.

Im folgenden möchte ich auf einige der wichtigsten Momente des Weges der Bischöfe an der Seite des Volkes eingehen [4].

Guatemala, das in einen Bruderkrieg verwickelt ist, wird am 4. Februar 1976 von einem schweren Erdbeben getroffen. Aus diesem Anlaß wurde der Hirtenbrief „*In der Hoffnung vereint*“ (Juli 1976) veröffentlicht, in dem deutlich gemacht wird, daß die Naturkatastrophe eine von wirklich skandalösen Ungerechtigkeiten geprägte Gesellschaft offenlegte.

Die guatemalteckischen Bischöfe beschreiben die „Spirale der Gewalt“, die das Land in Angst und Schrecken versetzt, wobei sie auf den berühmten Ausspruch von Dom Hélder Cárara zurückgreifen:

„So, wie Subversion die Antwort auf Unterdrückung ist, ist Repression die Antwort auf die Subversion, und so wird das Klima allmählich immer unerträglicher und das Blutbad, das in unserer Heimat angerichtet wird, ist einfach ungeheuerlich“ (Nr. 1.3).

Die Bischöfe Guatemalas verurteilen auch die Existenz sogenannter „Todeschwadronen“:

„Die Existenz von bewaffneten Gruppen, die auf nationalem Gebiet im Dienste politischer Parteien ständig ein Klima des Terrors erzeugen und Bürger entführen sowie ermorden, ist nicht zu rechtfertigen und in jedem Fall illegal“ (1.4).

Diese Überlegungen der Bischöfe erzielten bereits eine große Wirkung, aber der Hirtenbrief „Der Schrei nach Land“ (29. Februar 1988)<sup>9</sup> zeigte eine noch stärkere Wirkung. Der Text der Bischöfe von Guatemala ist mutig und herausfordernd. Er beginnt mit folgenden Worten:

„Der Schrei nach Land ist zweifellos der lauteste, dramatischste und verzweifelteste Schrei, der in Guatemala zu hören ist. Er dringt aus der Brust von Millionen Guatemalteken (...), ‚Maismenschen‘, die sich einerseits zutiefst mit der Erde, der Saat und der Ernte verbunden fühlen und andererseits von dem Land vertrieben und durch eine Situation der Ungerechtigkeit und der Sünde gehindert werden, ihr eigenes Land zu bearbeiten“ (0.1).

Die Beschreibung des landwirtschaftlichen Problems beinhaltet auch eine Erörterung der zunehmenden Gewalt auf dem Land. Die Bischöfe haben hier-

---

<sup>9</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 4/1988, S. 119 ff.

bei das brutale Massaker von Panzós vor Augen, bei dem zehn Jahre zuvor über hundert Kekchi-Indianer umgebracht wurden, um ihr Land in Besitz zu nehmen.

Die Bischöfe sprechen eine ernste Ermahnung aus:

„Wir befürchten, daß es zu einer Explosion der Gewalt mit unvorhersehbaren Folgen führen könnte, wenn sich den zutagetretenden Bestrebungen kein adäquater Weg eröffnet und keine entsprechenden Mechanismen geschaffen werden, um ihnen schnell und effektiv zu entsprechen“ (1.4.6.2).

## 4.2 *Ein schwerer Kampf für den Frieden*

Mit dem Hirtenbrief „*In der Hoffnung vereint*“, der den makrosozialen Problemen auf den Grund geht, die auf die ungerechten Strukturen, in denen die Guatemalteken leben, zurückzuführen sind, wurde ein neuer Schwerpunkt bei der Ausübung des bischöflichen Lehramtes gesetzt. Seit dieser Zeit haben sich die Bischöfe in Guatemala immer wieder zu Situationen geäußert, die durch den bewaffneten Kampf hervorgerufen wurden. Angesichts von Tod, Plünderung, zerstörten Dörfern und Tausenden von Vertriebenen sowie in Anbetracht der Konsequenzen, die all dies nach sich zieht, beruft sich die Kirche auf die Heilige Schrift, um ihr leidendes Volk zu begleiten und es zu ermutigen, das Böse zu besiegen.

Bei der Lektüre der sehr umfassenden Lehre des guatemalteken Episkopats stoßen wir auf Erklärungen zu den brennendsten Themen: Verteidigung der Menschenrechte, Frontalangriff gegen die Korruption in der Verwaltung durch die Behörden, fehlende Strafverfolgung und natürlich die Suche nach Frieden und einer wirklich demokratischen Regierungsform.

Der dafür gezahlte Preis ist sehr hoch gewesen: die blutigste Verfolgung in der Geschichte der guatemalteken Kirche. Wie in El Salvador war schon der bloße Besitz der lateinamerikanischen Bibel oder schlimmer noch der Dokumente von Medellín und Puebla Beweis für den Umgang mit subversiver Literatur und reichte als Grund aus, umgebracht zu werden.

Mit der sich in den Jahren 1985/86 anbahnenden demokratischen Öffnung wuchs die Hoffnung, und es entstand eine Atmosphäre größeren Vertrauens,

um Aktionen zu stärken, die eingeschränkt worden waren. In diesem Klima bemühte man sich wieder, die kirchliche Soziallehre zu verbreiten.

Die katholische Kirche begegnete dem Drama des Krieges mit großer Vitalität und einem erneuerten Dienst der Begleitung. Die Bischofskonferenz übernahm bei diesem Prozeß die Führung; im Mittelpunkt stand das prophetische Engagement, soziale Ungerechtigkeit und Gewalt anzuklagen, das in der Einigkeit der Bischöfe seine solideste Basis fand.

Die Rolle, die die Bischofskonferenz von Guatemala, besonders einige Bischöfe sowie die „Vereinigung der Ordensleute von Guatemala“ (*Confederación de Religiosos de Guatemala = CONFREGUA*) bei der Begleitung der „Bevölkerungsgruppen im zivilen Widerstand“, der Flüchtlinge, der Witwen und inländischen Vertriebenen spielten, ist für deren Anerkennung durch den Staat und deren soziale Sicherung äußerst wichtig gewesen.

Aber der politische Prozeß verlangte von der Kirche noch mehr. Neben der Pastoralarbeit und der Aufgabe der Begleitung fühlten sich die Bischöfe von der Dynamik der Vermittlung ergriffen, um eine Lösung für den internen bewaffneten Konflikt zu finden. Der Mann, der für diese so schwere Arbeit ausgesucht wurde, war Msgr. Rodolfo Quezada Toruño, Bischof von Zacapa, der sich dieser schwierigen Aufgabe mit Leib und Seele verschrieb.

Diese Dynamik führte zu einem relativen Kräfteverschleiß in der Bischofskonferenz und zu einer ebenfalls relativen Einschränkung ihrer Freiheit, Kritik noch so zu üben, wie sie es in der ersten Phase tun konnte. Angesichts des fehlenden Willens der Konfliktparteien, zu einem Friedensabkommen zu gelangen, setzte die Bischofskonferenz für ihre Teilnahme an den Verhandlungen Bedingungen und spielt nun eine weitaus aktivere Rolle, die enger mit den Anliegen derjenigen verknüpft ist, die keine Stimme haben und sich inmitten höchst konfliktgeladener und politisierter Prozesse befinden.

Wir hoffen, daß auch diese Nation sehr bald die Freude über die Beendigung eines Konfliktes erleben darf, der – neben dem Konflikt in Kolumbien – der längste auf unserem Kontinent ist.

## **5. Nicaragua: Hoffnung säen trotz Diktaturen**

In den letzten Jahren richtete sich die internationale Aufmerksamkeit auf Nicaragua und El Salvador. Um die Arbeit der Kirche für den Frieden und die Demokratie in dem Land der Seen zu verstehen, muß man sich in die Situation kurz vor dem Triumph der sandinistischen Revolution (Juli 1979) hineinversetzen. Damals veröffentlichte der Episkopat eine bedeutende Botschaft, in der die Mißbräuche der Regierung angeklagt wurden.

Wir befinden uns in den letzten Jahren des Regimes von Anastasio Somoza. Die Lage ist – wie in der Botschaft der Bischofskonferenz vom 8. Januar 1977 festgestellt wird – sehr ernst. Die Aufzählung der Fakten spricht für sich:

„Der Terror zwingt viele unserer Bauern, voller Verzweiflung ihre Dörfer und Felder zu verlassen... Die Anklagen und willkürlichen Verhaftungen... Bei den Ermittlungen gegen Verdächtige werden weiterhin demütigende und unmenschliche Methoden angewandt: von Folterungen und Vergewaltigungen bis hin zu Hinrichtungen ohne eine vorherige Verhandlung vor dem Zivil- oder Militärgericht. Viele verlassene Dörfer, niedergebrannte Häuser, fliehende Menschen, Verzweiflung und Hilflosigkeit.“

Gleich darauf folgt die moralische Beurteilung:

„Diese Aktionen, die weit davon entfernt sind, Gerechtigkeit zu schaffen, erhitzen die Gemüter und stören die öffentliche Ordnung. Sie stellen die Behörden selbst an den Rand der Gesetze des Landes und jedes vernünftigen Prinzips öffentlicher Ordnung genauso wie all die anderen Bewegungen, die sich zwar selbst als Befreier bezeichnen, aber dazu beitragen, daß Emotionen überhandnehmen.“

Weiter unten wird die Frage aufgeworfen:

„Kann Gewalt ein Mittel oder ein Weg sein, um unsere Institutionen zu ändern und zu erneuern? Zu töten bedeutet, den Frieden zu nehmen. Das Recht und die konstitutiven Gesetze des Landes zu verletzen bedeutet, eine Störung der verfassungsmäßigen Ordnung zu provozieren. Einen Menschen zu Unrecht zu zerstören bedeutet, Gott zu versuchen“.

Leider verhallte die Stimme der Bischöfe in der Wüste und der von der „Sandinistischen nationalen Befreiungsfront“ (*Frente Sandinista de Liberación Nacional = FSLN*) angeführte bewaffnete Kampf brach aus. Diesen Zeitabschnitt werden wir im folgenden näher untersuchen.

## 5.1 Die Kirche angesichts der sozialistischen Erfahrung

Das Verhältnis der Bischöfe zur Revolution wies zwei Phasen auf: eine der Hoffnung und eine der Enttäuschung und Konfrontation. Die *FSLN* gab selbst in einem Dokument zu, das in „Barricada“ kurz nach ihrer Wahlniederlage veröffentlicht wurde, daß sie sich in ihrer Politik gegenüber der kirchlichen Hierarchie geirrt habe.

Tatsächlich springt, wenn wir den berühmten Hirtenbrief des Episkopats von Nicaragua knapp vier Monate nach dem Triumph der Sandinisten (A.d.Ü.: Juli 1979) mit den Dokumenten der letzten Jahre vergleichen, die fortschreitende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Institutionen ins Auge.

Der Hirtenbrief „Christliches Engagement für ein neues Nicaragua“ (17. November 1979) überrascht durch seinen Optimismus und seine offene Haltung. Die Bischöfe wenden sich an das Volk Gottes, um „es in seinem Engagement zu ermutigen und ihm zu helfen, zu erkennen, was in dem revolutionären Prozeß das Werk des Heiligen Geistes ist.“ Sie rufen die christlichen Gemeinschaften sogar auf, gemeinsam darüber zu befinden, so wie es Papst Paul VI. in Octogesima adveniens (Nr. 4) empfiehlt. Die Kritik an der Revolution ist zurückhaltend. Am auffälligsten sind jedoch die Überlegungen des Briefes zum Sozialismus. Hier der Wortlaut:

„Wenn der Sozialismus, wie einige meinen, sich dazu hergibt, Menschen und Völkern die Möglichkeit zu nehmen, ihre Geschichte selbst zu gestalten, wenn er danach strebt, das Volk aufs Geratewohl den Machenschaften und dem Diktat derer zu unterwerfen, die willkürlich und unrechtmäßig an der Macht wären, einen solchen unechten oder falschen Sozialismus könnten wir nicht akzeptieren“.

Dennoch überwiegt in dem Brief die Hoffnung angesichts der neu entstehenden Wirklichkeit:

„Wenn Sozialismus jedoch bedeutet, was er auch bedeuten sollte, daß die Interessen der Mehrheit der Nicaraguaner Vorrang haben und auf nationaler Ebene ein Modell der Planwirtschaft entwickelt wird, an der sich alle solidarisch und stufenweise beteiligen, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Ein Gesellschaftsentwurf, der eine gemeinsame Bestimmung über die Güter und Ressourcen des Landes gewährleistet und auf der

Basis der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller ermöglicht, daß die Lebensqualität der Menschen sich ständig verbessert, erscheint uns angebracht. Wenn Sozialismus bedeutet, daß die Ungerechtigkeiten und traditionellen Ungleichheiten zwischen den Städten und dem Land sowie bei der Entlohnung geistiger und manueller Arbeit zunehmend abgebaut werden, wenn Sozialismus bedeutet, daß der Arbeiter an dem Produkt seiner Arbeit beteiligt ist und so die ökonomische Entfremdung überwindet, dann beinhaltet das Christentum nichts, was diesem Prozeß widersprechen würde.“

Wie anders ist die Stimmung, die in dem Hirtenbrief vom 6. April 1986 über die Eucharistie<sup>10</sup> zu spüren ist, der kurz nach der Erfahrung des „real existierenden Sozialismus“ geschrieben wurde! Dieses kompakte Dokument lädt dazu ein, über die Eucharistie als Zeichen und Instrument der Einheit und Versöhnung sowohl innerhalb der Kirche als auch in der Gesellschaft nachzudenken.

Im dritten Teil des Briefes sprechen die Bischöfe Nicaraguas von der Einheit und nationalen Versöhnung. Man bemerkt sofort die angespannte Atmosphäre:

„Denn die von innen her auf die Probe gestellte Kirche wird auch von außen auf die Probe gestellt. Man will sie mundtot machen und ihr Fesseln anlegen, um sie unter dem Beifall zu unterjochen, den die institutionalisierte Lüge und die Halbwahrheiten den Leichtgläubigen entlocken.“

„Man beschuldigt sie zu schweigen, während man sie zum Schweigen bringt, indem man sie ihres einzigen Radiosenders beraubt; man zensiert in den Medien jegliche Nachricht über erlittene Aggressionen und jegliches Wort der Verteidigung.“

„Man fordert von ihr, sie solle ihre Stimme zugunsten des Friedens erheben, aber wenn sie diesen auf dem Wege der Versöhnung und des Dialogs sucht, schmäht man und bekämpft man sie, denn es ist ja nicht eine mora-

---

<sup>10</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 1/1986, S. 165 ff.

lische Orientierung, die man von ihr will, sondern die Manipulierung einer Stellungnahme.“

„Wenn es ihr gelingt, sich Gehör zu verschaffen, dann wird sie von denjenigen kritisiert, die ihr die Worte diktieren wollten, wobei sich die Kritik nicht gegen das Gesagte richtet, sondern dagegen, daß sie das, was sie angeblich hätte sagen sollen, verschwieg.“

„Man beschuldigt sie, Politik zu treiben, zugleich verlangt man aber von ihr, zu den heikelsten Fragen der nationalen und internationalen Politik Stellung zu beziehen.“

Der letzte Satz ist ein Ruf nach Freiheit:

„In dieser Situation bestehen wir darauf, daß unsere Kirche sich einzig und allein für den Menschen selbst einsetzt: Für alle Nicaraguaner.“

Die Konfrontation zwischen den Sandinisten und der Kirche hatte eine Symbolfigur: Kardinal Miguel Obando y Bravo, der Zielscheibe heftigster Attacken war. Als jedoch die Dinge in eine Sackgasse gerieten, wandte man sich wieder an ihn, als ob nichts geschehen wäre.

## 5.2 Kardinal Obando: ein unersetzbarer Vermittler

Jüngstes Beispiel ist die schwere institutionelle Krise, die Nicaragua gerade durchlebt hat, als es zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen der Exekutiven und dem Parlament kam. Die Krise nahm dank der Vermittlung von Kardinal Obando, der von seinen Mitbrüdern im Episkopat unterstützt wurde, ein glückliches Ende.

Die Krise wurde durch das *Ley de Reformas Parciales a la Constitución Política* („Gesetz über Verfassungsreformen“) hervorgerufen, das zwar von der Nationalversammlung verabschiedet, aber von der Exekutiven abgelehnt wurde, die sich weigerte, es in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen. Die Nationalversammlung entschied jedoch, es zu ratifizieren und seine Veröffentlichung anzuordnen.

Nach der Veröffentlichung des Gesetzes hielt die Legislative die besagten Reformen für rechtsgültig; die Exekutive dagegen bestritt nicht nur deren Gül-



tigkeit, sondern betrachtete sie auch als null und nichtig. Unterdessen waren dem Obersten Gerichtshof mehrere Verfassungsbeschwerden gegen das *Ley de Reformas Parciales a la Constitución* vorgelegt worden.

Anfang Juni [1995] baten die an dem Verfassungsstreit beteiligten Staatsgewalten Kardinal Obando, als „Zeuge und Garant“ für einen Dialog zu dienen, um eine Lösung für die institutionelle Krise zu finden. Dieser Dialog wurde den ganzen Monat fortgesetzt. Die erste Phase endete am 14. Juni mit der Unterzeichnung des sogenannten „Politischen Abkommens“ zwischen den beiden Staatsgewalten.

Die an dem Streit beteiligten Staatsgewalten baten den Vermittler, den Obersten Gerichtshof anzurufen, um ihn aufzufordern, die juristischen Hindernisse zu beseitigen, die die Präsidentin der Republik daran hindern könnten, das „Gesetz 192“, d.h. das *Ley de Reformas Parciales de la Constitución Política* in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen. Dieses Anliegen wurde noch am selben Tag mit Erfolg in die Tat umgesetzt.

Kurze Zeit später übergab die Präsidentin der Republik, Violeta Barrios de Chamorro, dem Kardinal das bereits in Kraft gesetzte „Gesetz 192“ und erlaubte gleichzeitig die Veröffentlichung des Gesetzes, sobald die Nationalversammlung dem Vermittler die Originale des „*Ley Marco de Implementación a las Reformas Constitucionales*“ („Rahmengesetz zur Durchführung der Verfassungsreformen“) [5] übergeben würde.

Der Dialog zwischen der Exekutiven und der Legislativen wurde in Anwesenheit von Vertretern des Kardinals fortgeführt. Es wurden zwei Ziele verfolgt: Wahl der Mitglieder des Obersten Wahlrats und Einigung über den Wortlaut des „Rahmengesetzes“. Diese Einigung wurde am 29. Juni erzielt, wobei die Kirche Garant für die Übereinkunft war. [6]

Mit der Veröffentlichung des Gesetzes wurden die Verfassungsreformen rechtskräftig, der Verfassungsstreit zwischen den Staatsgewalten wurde überwunden und – dank der Vermittlung der Kirche – blieben Nicaragua noch einmal die Schrecken der Gewalt und des Krieges erspart.

---

<sup>11</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 5/1995, S. 156 ff.

### 5.3 *Quo vadis, Nicaragua?*

Einen Monat vorher, am 3. Mai, hatte die Bischofskonferenz von Nicaragua eine Osterbotschaft<sup>11</sup> veröffentlicht. In ihr werden die Situation der Familie, die soziopolitische Wirklichkeit und ökologische Fragen erörtert. Vor Behandlung des zweiten Punktes erklären die Bischöfe Nicaraguas, warum sie solche Themen anschneiden:

„Der in das Leben der Nation integrierten Kirche sind die Probleme und Herausforderungen der Realität nicht fremd, zu denen sie ihren Beitrag leisten möchte“.

Zu den Sorgen, die die politische Realität den Bischöfen bereitet, zählen u. a. die Krise der verschiedenen Gewalten im Staat, die die Institutionen und die Stabilität der Nation betreffen, das Machtstreben, Vetternwirtschaft und die öffentliche Korruption.

Hinsichtlich der sozialen Situation sind sie besorgt über die Spaltungen unter den Nicaraguanern, die hohe Zahl der Arbeitslosen und ihre furchtbaren Folgeerscheinungen (Diebstähle, Überfälle, Verbrechen, Selbstmord etc.) sowie über die Welle der Gewalt, deren Ursache Ungerechtigkeit und fehlende Strafverfolgung sind.

Der Abschnitt endet mit einer dogmatischen Unterweisung und einer erneuten Rechtfertigung, warum die Bischöfe sich mit weltlichen Fragen auseinandersetzen:

„Wenn sich die Kirche durch ihre Bischöfe zu sozialen oder politischen Angelegenheiten äußert, tut sie dies vom Wort Gottes aus, um auf die ethischen und sittlichen Implikationen jener Fragen hinzuweisen; das heißt, das christliche Bild vom Menschen darzustellen, seine Würde und Rechte zu schützen, vor allem im Hinblick auf die Schwächsten und Ärmsten unseres Volkes.“

Nicaragua findet allmählich den mühsamen Weg aus einem blutigen Krieg heraus, der fast zwölf Jahre dauerte und Armut, Unterernährung, wirtschaftlichen und kulturellen Rückschritt, eine Krise der Werte und extreme Polarisierung mit sich brachte. Die Bischöfe wissen dies und sind bereit, die sich hieraus ergebenden großen Herausforderungen anzunehmen.

## 6. El Salvador: von der Sinnlosigkeit zur Hoffnung

Nicaragua und El Salvador durchlebten eine ähnliche Tragödie: den Irrsinn des Krieges mit seinem unstillbaren Durst nach Menschenleben und seinem beklagenswerten Gefolge von Witwen, Waisen, Vertriebenen, Flüchtlingen und Verletzten; hinzu kommen die physische Zerstörung und die wirtschaftliche Not, in die der bewaffnete Konflikt vor allem die Schwächsten gestürzt hat.

Es ist ungewöhnlich, zwei Nationen, die Entwicklungen mit entgegengesetztem ideologischen Vorzeichen durchgemacht haben, auf eine Ebene zu stellen. Es ist ebenfalls ungewöhnlich, feinfühligere Menschen zu finden, die sich nicht unweigerlich dazu genötigt sehen, Partei zu ergreifen. Hierin liegt jedoch genau die Besonderheit der Kirche begründet: sie versteht es, über politische Optionen oder Sympathien hinweg offen für jedes menschliche Leid zu sein.

Hier liegt auch das Geheimnis der moralischen Stärke, die den Bischöfen diese besondere Stellung verliehen hat, die mit einem wohlbekannten Wort umschrieben werden kann: Glaubwürdigkeit. Der kürzlich verstorbene Erzbischof von San Salvador, Rivera Damas [7], brachte dies überzeugend zum Ausdruck: „die Kirche muß allen gegenüber offen sein, da sie die Mutter aller ist“, weit entfernt von Gleichgültigkeit oder bequemer Neutralität, die zu nichts verpflichtet.

### 6.1 Erzbischof Romero und der Militärputsch von 1979

Um die Entwicklung in El Salvador zu verstehen, gibt es ein Schlüsseldatum: den 15. Oktober 1979 – drei Monate nach dem Triumph der sandinistischen Revolution –, als eine Gruppe junger Militärs General Carlos Humberto Romero absetzte. Hier tritt nun die Gestalt von Msgr. Romero in Erscheinung, der am 22. Februar 1977 die Leitung der Erzdiözese San Salvador übernommen hatte. Wir müssen auf ihn zurückgreifen, um zu erfahren, wie unsere Kirche über die neue Situation dachte, da die Bischofskonferenz keine Stellungnahme dazu abgab.

Erzbischof Romero begrüßte den Militäraufstand, an den er große Hoffnungen knüpfte. An seiner Seite war ich an der Redaktion des ersten Kommuni-

qués beteiligt. Der Erzbischof und Märtyrer hielt es für so wichtig, daß er es in sein persönliches Tagebuch aufnahm, ein Werk von unschätzbarem Wert, das in verschiedene Sprachen übersetzt wurde. [8]

Der Text trug den Titel *Seelsorglicher Aufruf angesichts der neuen Situation des Landes*.

Er ist ähnlich wie der Hirtenbrief der Bischöfe Nicaraguas zu Beginn der sandinistischen Revolution aufgebaut und beginnt folgendermaßen:

„Unsere Kirche, die sich aufgrund ihrer eigenen Identität und der Forderung des Evangeliums vorgenommen hat, in allen Wechselfällen beim Volke zu sein, spürt die Verantwortung, angesichts dieser Situation gleich ein Wort zu sagen. Dabei handelt es sich um kein politisches Wort, sondern um eine Erwägung im Licht unseres christlichen Glaubens.“

Es folgt eine Aufforderung zum Gebet, und anschließend wendet er sich in zwei umfassenden Abschnitten sowohl an das Volk als auch an die neue Regierung. Dem Volk, dessen radikalsten Organisationen bereits begonnen hatten, in der Umgebung sowie in der Hauptstadt selbst zu kämpfen, rät er zur Besonnenheit:

„Wir verstehen, daß die Geduld dieses unseres Volkes, das so viel gelitten hat, sich erschöpft, und wir fürchten, daß die durch den Militäraufstand geweckte Erwartung sich als gefährliche Ungeduld entladen oder zu neuen Gewalttaten führen kann. Um so mehr, als aus diesem Volk unzählige Märtyrer und Helden hervorgegangen sind, dramatisches Zeugnis dieser letzten Jahren des Alptrahms. Dennoch wollen wir in der entscheidenden Stunde, die wir durchleben, unser Volk zur Klugheit ermahnen. Denn kluge Menschen beobachten und warten ab, ehe sie urteilen und handeln. Ungeduld und Gewalt wären ebenso schuldhaft und ungerecht wie die Unterdrückung, unter die unser armes Vaterland gesunken war.“

Die Initiatoren des Aufstandes hatten ihn zuvor darüber benachrichtigt und ihn um Rat gefragt. Nach dem Putsch baten sie ihn ebenfalls um Unterstützung. Auch an sie richtete der Erzbischof ein sehr deutliches und unabhängiges Wort:

„Wir haben die Botschaften aufmerksam untersucht, die das offizielle Denken der neuen Regierung ausdrücken. In ihnen erkennen wir guten Willen. (...) Doch wollen wir klarstellen, daß diese Regierung Vertrauen

und Mitarbeit des Volkes nur dann verdienen kann, wenn sie beweist, daß die schönen Versprechungen in der heute früh bekanntgegebenen Proklamation nicht toter Buchstabe sind, sondern wahrhafte Hoffnung, daß für unsere Vaterland eine neue Ära begonnen hat.“

Wir wissen, was in den darauffolgenden Wochen geschah. Die Gewalt in den Straßen ging weiter, und die neue Regierung ging abermals in die Falle der Repression. Inzwischen erhob sich Sonntag für Sonntag in der Kathedrale „die Stimme derer, die keine Stimme haben“, um frei heraus die „blutbefleckten Reformen“, die „gewaltsam durchgesetzten Reformen“ und die Exzesse der Linken zu verurteilen. Wenige Monate später brachte eine mörderische Kugel diese Stimme zum Schweigen; aber die Arbeit ging weiter, da die Kirche nicht von der Kraft der Menschen abhängig ist, sondern von der Macht Gottes.

## 6.2 *Gewitterwolken am Horizont*

Aber, was sagte der salvadorianische Episkopat hierzu? Man muß schon ein paar Jahre zurückgehen, um auf das kurze *Kommuniqué* vom 10. März 1977 zu stoßen, das den Finger in die Wunde legte und offen die brutalen Formen der Gewalt, zu denen die Regierung von General Romero übergegangen war, anklagte. Zwei Tage später wurde der erste von 19 Priestern ermordet, die unsere Geschichte mit ihrem Blut getränkt haben: Pater Rutilio Grande. [9]

In der Einleitung ihres Kommuniqués schlugen die salvadorianischen Bischöfe einen prophetischen Ton an:

„Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage, die allen bekannt sind, verlangen von uns, daß wir uns klar und deutlich, besonnen und unbeirrt zu diesen Vorfällen äußern. Als Hirten des Volkes Gottes, das uns anvertraut wurde, dürfen wir uns nicht dieser Verantwortung entziehen; so darf man unser Schweigen nicht als Gleichgültigkeit gegenüber der aktuellen Situation oder als passive und resignierte Duldung der traurigen Ereignisse, die sich ständig wiederholen, interpretieren.“

Um was geht es: um die Unterdrückung der Bauern und all derer, die sie bei ihrem gerechten Bewußtwerdungsprozeß begleiten; um die steigende Zahl der Toten und der unter vom Staat nicht aufgeklärten Umständen verschwundenen Personen sowie von Folterungen; um die Verleumdungskampagne ge-

gen die Kirche und ihre Bischöfe; die Drohungen gegen Priester, Laien sowie christlich orientierte Einrichtungen und Publikationen; und schließlich die Ausweisung mehrerer Priester.

### 6.3 Erzbischof Rivera Damas: „Das Haus steht in Flammen“

Nach dem 24. März 1980 kam Erzbischof Arturo Rivera Damas, als der Krieg bereits in seiner ganzen Brutalität ausgebrochen war. Auch wenn einen die Angst erschauern läßt, die in den letzten Seiten des Tagebuches von Erzbischof Romero zu spüren ist, da er die Gewalt in ihrem schlimmsten Ausmaß nicht mehr aufhalten kann, so blickt man doch auch mit tiefem Respekt auf seinen würdigen Nachfolger, der sich allen Widerständen zum Trotz voll und ganz dafür engagierte, die Konfliktparteien auf den Weg des Dialogs und an den Verhandlungstisch zu bringen, um ein für alle Mal einen Bruderkrieg zu beenden, der die klassische Zahl von mehr als 75.000 Toten hinterließ.

Erzbischof Rivera faßt die Mission der Kirche in dem Gleichnis von dem Haus, das in Flammen steht, zusammen: Zuerst muß den Opfern des Brandes geholfen werden; dann muß man versuchen, das Feuer zu löschen; und schließlich gilt es herauszufinden, wie man verhindert, daß die Flammen wieder aufflackern. Hierauf gründen der unterschiedslose, selbstlose Einsatz der Kirche für die Menschen, ihr Bemühen um eine politische Lösung über den Dialog und auf dem Verhandlungsweg sowie ihr unermüdlicher Ruf nach strukturellen Reformen, die den Aufbau einer gerechteren, brüderlicheren und solidarischeren Gesellschaft ermöglichen.

Das bedeutendste Dokument der Bischöfe El Salvadors in dieser Zeit wurde am 6. August 1985 veröffentlicht. Es handelt sich um einen Hirtenbrief über den Dialog, der dem Erzbischof, der damals Zielscheibe emotionsgeladener Angriffe war, den Rücken für seine Arbeit stärkte.

Der Hirtenbrief „*Versöhnung und Frieden*“<sup>12</sup> setzt sich von der ersten Seite an klar und deutlich für den Dialog ein:

„Diese Situation (der Krieg) wird noch verschärft durch die Eskalation der Gewalt, die sich jeden Moment entladen kann, mit allem, was das mit sich bringt: Zerstörung, Armut, Angst, Schmerz und Tod.

---

<sup>12</sup> Deutsche Übersetzung abgedruckt in: WELTKIRCHE 8/1985, S. 249 ff.

Die Versuche, das Leid zu mindern und unser Vaterland auf die Wege des Friedens und der Gerechtigkeit zu leiten, scheinen – auf den ersten Blick – zum Scheitern verurteilt, was sich an der heiklen Situation des Dialogprozesses zeigt, der am 15. Oktober letzten Jahres (1984) mit so viel Hoffnung in La Palma eingeleitet wurde. Aber wenn der Dialog scheitert, dann bleibt El Salvador nichts anderes als die totale Zerstörung mit einem enormen Verlust an Menschenleben und einer wohl nie wiedergutzumachenden Schädigung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.“

Prophetische Worte, die viele für übertrieben hielten. Aber nach so vielen Tausenden von auf dem Altar des Kriegsgottes geopferter Menschenleben hat die große Mehrheit der Salvadorianer erkannt, daß die Kirche recht hatte, und freut sich darüber, daß die schwierigen Verhandlungen die Waffen – hoffentlich für immer – begraben haben, die Brüder gegen Brüder erhoben hatten.

#### *6.4 Vom Dialog zu Verhandlungen*

Den Titel des Kapitels über El Salvador „Von der Sinnlosigkeit zur Hoffnung“ habe ich dem zu strittigen Auseinandersetzungen führenden Bericht der Wahrheitsfindungs-Kommission entnommen, die aus den Friedensvereinbarungen, die die Regierung und die Guerilla feierlich im Palast von Chapultepec unterzeichneten, hervorgegangen ist. Diese Kommission hatte den schwierigen Auftrag, die schwersten der Gewaltverbrechen, die das Land erschütterten, zu untersuchen: das erste war, das liegt auf der Hand, die Ermordung von Erzbischof Romero.

Im Schlußteil geht es vor allem um die Hoffnung, die der Friedensprozeß in El Salvador und in der Welt weckte. Mein Beitrag gründet sich auf den einzigartigen Umstand, daß ich bei allen Dialogtreffen dabei war, und zwar von 1984 bis 1989, bis die Vereinten Nationen (UNO) auf den Plan traten und die Verhandlungsphase zu einem glücklichen Ende führten.

Erzbischof Rivera war immer der Meinung gewesen, daß die Hauptursache für den bewaffneten Konflikt in El Salvador die strukturelle Ungerechtigkeit sei; dann kamen die Ideologien hinzu, die die beiden gegnerischen Parteien jeweils vertraten (Marxismus bzw. Ideologie der nationalen Sicherheit); dazu gesellten sich geopolitische Interessen, denn die Großmächte versuchten, ihre Differenzen auf mittelamerikanischem Boden auszutragen.

Die Geschichte des Konflikts umfaßt das Massaker an Campesinos und Indígenas im Jahre 1932 und fast 50 Jahre wechselnder Militärregierungen, die durch den Militäraufstand vom 15. Oktober 1979 ein abruptes Ende fanden.

An demselben Tag kam es in den Straßen von San Salvador und in der Umgebung zu gewalttätigen Aktionen von Gruppen der Linken, die die neue Situation nicht akzeptieren wollten. Für viele ist dieses Datum der Beginn des Krieges in El Salvador. [10]

Wenn man Bilanz aus diesen zwölf Jahren des Bruderkrieges zieht, spricht man gewöhnlich von 75.000 Toten, in der Mehrzahl Zivilpersonen. Andere Auswirkungen des Konflikts auf den nicht kämpfenden Teil der Bevölkerung waren von seiten der Regierungskräfte verschiedene Formen der Repression, wie Festnahmen, Folter, das Verschwindenlassen von Personen, Ermordungen etc.; von seiten der Rebellen waren dies Entführungen, Kriegssteuern, Vertreibungen, Hinrichtungen etc.

Darüber hinaus stieg durch den Konflikt deutlich die Zahl der Vertriebenen im Inland und die Zahl derer, die das Land verließen und vor allem im Süden Honduras als Flüchtlinge lebten.

Streng genommen begann die Vermittlung der Kirche in der Zeit von Erzbischof Rivera, denn die Beziehungen zwischen seinem Vorgänger, Erzbischof Romero, und der Regierung von General Carlos Humberto Romero waren abgebrochen worden. Die Vermittlung wurde in erster Linie dadurch ermöglicht, daß seit der Zeit von Msgr. Luis Chávez y González – der die Erzdiözese von San Salvador fast vierzig Jahre (1938-1977) leitete – die Erzbischöfe von San Salvador das Vertrauen der Bevölkerung genossen und ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit besessen haben.

Auf welchem Weg wurden die Gespräche aufgenommen? Es geschah nicht auf Anregung der Kirche hin, sondern auf Anregung des ersten, seit fünfzig Jahren demokratisch gewählten, zivilen Präsidenten: des Ingenieurs José Napoleón Duarte. Der christdemokratische Staatsmann wählte [A. d. Ü.: am 08.10.1984] die Rednerbühne des Sitzes der UNO im Rahmen einer Vollversammlung, um das Generalkommando der *FMLN* überraschend zum Dialog einzuladen; in derselben Rede bat er die Bischofskonferenz von El Salvador, die entsprechenden Vorbereitungen dafür zu treffen. Der salvadorianische Episkopat nahm die Herausforderung an und bestimmte Erzbischof Rivera



und mich zu seinen offiziellen Vertretern, wobei die Tür für alle Bischöfe offen blieb, die dem Treffen in La Palma beiwohnen wollten. Der Sekretär der Nuntiatur, Msgr. Giacomo Ottonello nahm ebenfalls daran teil.

Den Gesprächen in La Palma folgten im darauffolgenden Monat die von Ayagualo (30. November 1984). Danach gerieten die Dinge ins Stocken; es vergingen fast drei Jahre, bis es gelang, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückzubringen; der dritte Dialog fand in der Apostolischen Nuntiatur im August 1987 in der salvadorianischen Hauptstadt statt.

Präsident Duarte übergab sein Amt einem neuen, demokratisch gewählten, zivilen Präsidenten: Alfredo Cristiani. Im September 1989 wurde der Dialogprozeß mit Präsident Cristiani wieder in Gang gebracht, jedoch außerhalb des Landes in Mexiko-Stadt. In seinem ursprünglichen Plan war die Teilnahme der katholischen Kirche nicht vorgesehen.

Auch innerhalb der Bischofskonferenz kam es zu Umgestaltungen; es wurde beschlossen, verschiedene Bischöfe auszuwählen, die bei den jeweiligen Gesprächen den Vorsitz führen sollten: nach Mexiko mußte ich Msgr. Romeo Tovar Astorga, Bischof von Zacatecoluca begleiten, und in San José war ich an der Seite von Msgr. Marco René Revelo, Bischof von Santa Ana. [11] Der deutsche Bischof Emil L. Stehle begleitete uns ebenfalls mit der ihm eigenen Umsicht und Effizienz.

Bei dem Treffen in San José (Oktober 1989) schlugen wir Bischöfe der Regierung und der *FMLN* vor, einen öffentlichen Kompromiß zu schließen, auf gewalttätige Aktionen zu verzichten, aber die Guerilla war nicht damit einverstanden. Wenige Wochen später verstanden wir warum: die Großoffensive von November, die sogenannte „ofensiva hasta el tope“ war bereits beschlossene Sache gewesen; in ihrem Gefolge wurden Hunderte von Menschen in den Tod gerissen, u.a. die sechs Jesuitenpriester und ihre zwei Hausangestellten, die am 16. November auf Befehl des Militärs grausam ermordet wurden. [12]

Ich halte es für wichtig hervorzuheben, daß die Friedensarbeit nicht nur im Rahmen des Kontakts mit den Konfliktparteien verwirklicht wurde. Alle Analysen stimmen mit der bedeutenden Rolle überein, die die Sonntagspredigten spielten, die der Erzbischof in der Kathedrale von San Salvador hielt und die im In- und Ausland mit Interesse verfolgt wurden. In diesen Predig-

ten wurde im Rahmen der biblischen Reflexion anhand der großen Probleme des Landes oder der bedeutendsten Ereignisse der Woche an das Gewissen der Menschen appelliert.

Genauso wertvoll war die Arbeit der Presse, die der Information und der Meinung über den bewaffneten Konflikt immer mehr Raum gab. Darüber hinaus konnte dank der sozialen Kommunikationsmittel jeder von den Anklagen gegen Menschenrechtsverletzungen erfahren, die auf den Untersuchungen des Rechtshilfebüros des Erzbistums beruhten.

All dies ebnete den Weg dafür, um vom reinen Dialog – verstanden als ein Austausch von Standpunkten – zu Verhandlungen zu kommen, d. h. zu gegenseitigen Zugeständnissen und Kompromissen, um eine politische Lösung für den Krieg zu finden.

Wenn El Salvador mit einem Haus zu vergleichen war, das in Flammen stand, mußten, um das Feuer zu löschen, ein Dialog, eine Humanisierung des Konflikts und Verhandlungen angeregt werden. Die Friedensvereinbarungen können verhindern, daß sich der Brand wiederholt, denn sie enthalten die Verpflichtung, tiefgreifende strukturelle Reformen durchzuführen.

Es heißt, daß unser Friedensprozeß nicht umkehrbar ist. Das hoffen auch wir, die Kirche von El Salvador. Aber wir können nicht beruhigt sein, solange der politische Wille fehlt, alle Vereinbarungen zu erfüllen, und wir nicht alle bereit sind, unter uns eine wirkliche „Kultur des Friedens“, eine Demokratie der Teilhabe und ein Klima der unumschränkten Achtung der Menschenrechte zu schaffen.

## Erläuterungen/Quellenangaben

- [1] Das Bischöfliche Sekretariat von Zentralamerika und Panama (*SEDAC*) wurde in der salvadorianischen Hauptstadt 1942 gegründet, als Msgr. Luis Chávez y González alle Bischöfe des zentralamerikanischen Isthmus zusammenrief, um gemeinsam den 100. Jahrestag der Errichtung der Diözese von San Salvador zu feiern. Die Statuten des *SEDAC* schreiben vor, daß die Mitglieder alle zwei Jahre zusammenkommen.
- [2] Diese beiden Dokumente sowie die wichtigsten Unterweisungen der einzelnen Bischofskonferenzen der sechs Länder Zentralamerikas im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich wurden von dem *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos (INCEP)* [„Zentralamerikanisches Institut für politische Studien“] in einem umfangreichen Buch mit dem Titel *„Iglesia Católica, crisis y democratización en Centro América“* [„Katholische Kirche, Krise und Demokratisierung in Zentralamerika] herausgegeben (Guatemala, Übersicht über Zentralamerika; Diskussionsthemen und -papiere Nr. 26-27, März-Juni 1990); das Buch umfaßt den Zeitraum von 1978 bis 1990.
- [3] Das Zitat stammt aus dem Vorwort, das Msgr. Penados zu der obengenannten Publikation schrieb.
- [4] In dem Buch *„Iglesia Católica, crisis y democratización en Centro América“* [„Katholische Kirche, Krise und Demokratisierung in Zentralamerika] sind 18 Dokumente der Bischofskonferenz von Guatemala enthalten. Die anderen Episkopate sind folgendermaßen vertreten: 7 Dokumente aus El Salvador, 8 aus Honduras, 23 aus Nicaragua, 4 aus Costa Rica und darüber hinaus drei Dokumente vom *SEDAC*.
- [5] Dieses „Rahmengesetz“ sollte dem Politischen Abkommen eine Rechtsform geben. Nach Erfüllung dieser Bedingung erhielt Kardinal Obando den Auftrag, die Veröffentlichung des „Gesetzes 192“ anzuordnen.
- [6] Am 3. Juli wählte die Nationalversammlung die Mitglieder und den Vorsitzenden des Obersten Wahrtrats und verabschiedete das „Rahmengesetz“.
- [7] Erzbischof Arturo Rivera Damas starb unerwartet am frühen Morgen des 26. Novembers 1994 an einem schweren Herzinfarkt. Die Reaktionen

auf seinen Tod machten die Anerkennung deutlich, die seine Arbeit als Erbauer des Friedens in El Salvador und als unerschütterlicher Verteidiger der Menschenrechte fand. Das Parlament erklärte ihn zum „verdienstvollsten Sohn von El Salvador“.

[8] OSCAR ARNULFO ROMERO, *Sein Tagebuch*, Erzbischof von San Salvador, 1990, S. 301.

[9] Die Liste der Toten umfaßt Erzbischof Romero selbst, die sechs Jesuiten, die am 16. November 1989 ermordet wurden, sowie zwei weitere Priester, deren Leichen nie gefunden wurden. Darüber hinaus wurden in El Salvador noch drei Ordensschwwestern und eine Laienmissionarin, alle aus Nordamerika, umgebracht. Hinzu kommt noch das Blut unzähliger Laien, die in der Pastoralarbeit engagiert waren.

[10] Andere ziehen den 10. Januar 1981 vor, als die Guerilla die sogenannte „Schlußoffensive“ durchführte, die nicht die erwartete Wirkung hatte. Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí [*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN)*] entstand 1980, als die fünf aufständischen Gruppierungen sich entschlossen, ihre Kräfte unter ein Generalkommando zu stellen.

[11] Einer der Mitglieder der Dialogkommission der Regierung interpretierte diesen Umstand anders: Es mußten zwei (Bischöfe) sein, um das „Kräfteverhältnis“ innerhalb des geteilten salvadorianischen Episkopats in jener Zeit zu wahren.“ (David Escobar Galindo, in: *La Prensa Gráfica* vom 22. Juli 1995, S. 8A)

[12] Escobar Galindo stellt uns vor eine sehr scharfsinnige Beobachtung:

„Es stimmt zwar, daß die besagte Offensive nicht gestartet wurde, um einen beginnenden Prozeß zu beschleunigen, der weniger als zwei Monate alt war; aber es ist heute nicht mehr so wichtig, warum die Offensive gestartet wurde. Sicher ist, daß nach der Offensive für die *FMLN* klar war, daß es nichts bringen würde, seine Kräfte weiterhin dafür zu verschwenden, einen Volksaufstand herbeiführen zu wollen, und die Streitkräfte waren durch das Verbrechen an den Jesuiten unwiderruflich gezeichnet.“ [ibidem]

[San Salvador, im Juli 1995]